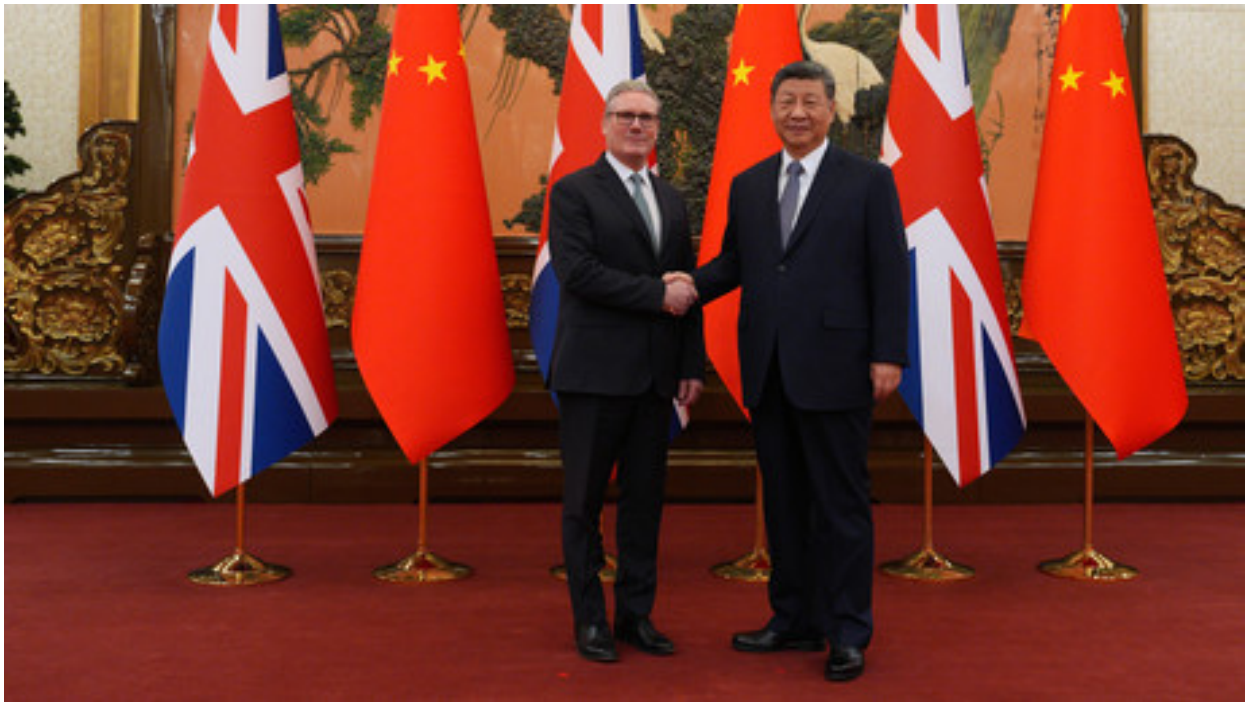


Die USA sind eifersüchtig auf Großbritannien wegen China

3 Feb. 2026 06:00 Uhr

Die britische Presse bezeichnet den Besuch ihres Premierministers Keir Starmer in China als nichts anderes als eine "Kapitulation in Peking". Warum traf sich der britische Regierungschef mit Xi Jinping und warum sind nicht nur die Opposition in London, sondern auch die US-Führung mit diesem Treffen äußerst unzufrieden?



Quelle: Gettyimages.ru © Carl Court

Auf dem Bild: Der britische Premierminister Keir Starmer gibt dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping vor einem Treffen in Peking die Hand, 29. Januar 2026.

Von Geworg Mirsajan

Ende Januar hat der britische Premierminister Keir Starmer China besucht, um sowohl wirtschaftliche als auch politische Vorteile aus dem "Reich der Mitte" zu ziehen. Aber was hat er am Ende seines Besuchs wirklich erreicht – Vorteile oder eher Probleme?

Das Hauptproblem für Keir Starmer bestand darin, das Gleichgewicht zu wahren. Denn Großbritannien ist keineswegs ein China-freundliches Land. Das Land ist Mitglied des antichinesischen Militärbündnisses AUKUS, und das sogenannte goldene Zeitalter in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern endete Ende der 2010er Jahre. Zu diesem Zeitpunkt warf Peking London Einmischung in innere Angelegenheiten vor (insbesondere in die Lage in Hongkong), und in England begann die Jagd auf chinesische Spione.

Der Höhepunkt dieser Jagd war der Ausschluss des Unternehmens Huawei aus den Netzen der neuen Generation sowie der Skandal um Pekings Pläne, eine neue riesige Botschaft im Zentrum der britischen

Hauptstadt zu errichten, für die die VR China bereits ein Grundstück gekauft hatte. Genau an der Stelle, an der unterirdisch Glasfaserkabel verlaufen, die die Finanzzentren Londons verbinden. Daher hing die Frage des Baus der Botschaft seit 2018 in der Luft – und genau seit dieser Zeit hat kein britischer Premierminister China mehr besucht.

Auf der anderen Seite ist China eine wirtschaftliche Supermacht und einer der größten Handelspartner Großbritanniens. London kann die Beziehungen zu diesem Land nicht ignorieren.

Starmer behauptete:

"Was außerhalb unserer Grenzen geschieht, wirkt sich auf alles aus, was zu Hause geschieht: angefangen bei den Preisen für Waren in Supermärkten bis hin zu unserem Sicherheitsniveau."

Deshalb machte er sich auf den Weg, um die Beziehungen zu Peking zu verbessern, und brachte als Geschenk die Genehmigung der britischen Regierung für den Bau der chinesischen Botschaft mit.

Im Gegenzug erhielt er eine Reihe von wirtschaftlichen Vorteilen – wenn auch keine bahnbrechenden. So führte China nach dem Besuch ein visumfreies Reisen für Briten ein, die geschäftlich oder touristisch in das "Reich der Mitte" reisen. Das ist nichts Besonderes – die VR China hat bereits fünfzig solcher Abkommen mit anderen Ländern geschlossen (darunter Russland, Deutschland, Italien und sogar das nominell feindliche Japan).

Darüber hinaus hat China die Zölle auf schottischen Whisky gesenkt (von zehn auf fünf Prozent). Außerdem vereinbarten die Parteien, "die Möglichkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit in der Wirtschaft sowie im Handel mit Waren und Dienstleistungen weiter zu prüfen" (die Briten liegen weltweit an zweiter Stelle beim Export von Dienstleistungen – Rechts-, Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen).

China versprach auch, bei der Bekämpfung des Schmuggels von Waren und Menschen zu helfen. Fast die Hälfte der Motoren für kleine Boote, mit denen Schmuggler den Ärmelkanal überqueren, werden in China hergestellt. Dementsprechend wird London nun die Zusammenarbeit mit den chinesischen Strafverfolgungsbehörden aufnehmen, *"einschließlich des Austauschs von Geheimdienstinformationen zur Aufdeckung der Versorgungswege der Schmuggler und der direkten Zusammenarbeit mit chinesischen Herstellern"*, heißt es auf der Webseite der britischen Regierung.

Schließlich hob China die Sanktionen gegen sechs Mitglieder des britischen Parlaments auf, die im Jahr 2021 wegen ihrer Beteiligung an der Eskalation der Uiguren-Frage verhängt worden waren. Die Betroffenen selbst waren damit allerdings nicht zufrieden. Sie **behaupteten**:

"Wir würden lieber auf unbestimmte Zeit unter Sanktionen bleiben, als zuzulassen, dass unser Status als Trumpfkarte genutzt wird, um die Aufhebung der britischen Sanktionen gegen Beamte zu rechtfertigen, die für den Völkermord in Xinjiang verantwortlich sind."

Und die Kritik an dem Besuch kam nicht nur von ihnen. Die Opposition Seiner Majestät – also die britischen Konservativen – hat Starmer vernichtend kritisiert. Zum Beispiel wegen unangemessener Kontakte.

Die Vorsitzende der Konservativen Partei, Kemi Badenoch, **sagte**:

"Wir wissen, dass wir uns gegen die Missbräuche seitens Chinas wehren müssen. Und es beunruhigt mich, dass wir derzeit eine Regierung haben, die offenbar Angst vor China hat."

Ihrer Meinung nach *"sollten wir mehr mit den Ländern kommunizieren, deren Interessen mit unseren übereinstimmen, und nicht mit denen, die alles tun, um unsere Wirtschaft zu untergraben"*.

Starmer wurde auch für sein Verhalten kritisiert.

Chris Philp, einer der Führer der Konservativen Partei, **behauptete**:

"Keir Starmer ist nach Peking gereist, um sich vor Präsident Xi Jinping zu verbeugen, in der Hoffnung, ein paar wirtschaftliche Krümel vom Tisch des Präsidenten zu ergattern. Um seine katastrophale Wirtschaftspolitik zu kompensieren, opfert er unsere nationale Sicherheit."

Die britische Tageszeitung *Daily Mail* bezeichnete das Ergebnis des Besuchs als "Kapitulation in Peking".

Starmer selbst ist natürlich der Meinung, dass es keine Kapitulation gab. Er behauptete, dass er eine Gratwanderung vollzogen habe. Der Premierminister **sagte**:

"In Fragen, die China betreffen, macht es keinen Sinn, den Kopf in den Sand zu stecken. Es liegt in unserem Interesse, zusammenzuarbeiten und keine Kompromisse in Fragen der nationalen Sicherheit einzugehen."

Seinen Angaben zufolge habe er während der mehr als einstündigen Gespräche mit Xi Jinping auch Menschenrechtsfragen angesprochen – das Schicksal der uigurischen Minderheiten in China sowie die Frage des britischen Staatsbürgers Jimmy Lai (Lai Chee-Ying), der in der VR China wegen Anstiftung zu Unruhen in Hongkong verurteilt wurde. Starmer **behauptete**:

"Einer der Gründe für dieses Gespräch war der Wunsch, sicherzustellen, dass wir nicht nur die vorhandenen Möglichkeiten nutzen können, sondern auch eine reife Diskussion über Fragen führen können, in denen wir unterschiedlicher Meinung sind."

Bald wird er sich jedoch auch anderen Kritikern stellen müssen – nicht zu Hause, sondern in Washington. US-Präsident Donald Trump war mit dem Besuch sehr unzufrieden und bezeichnete Starmers Entscheidung, Beziehungen zu China aufzubauen, als "sehr gefährlich".

Natürlich kann London so viel es will betonen, dass daran nichts Gefährliches ist. Dass der Besuch keine Änderung der Außenpolitik und des wichtigsten Verbündeten in Form der USA bedeute. Keir Starmer **versicherte**:

"Unsere Beziehungen zu den USA gehören zu den engsten, die wir haben, in den Bereichen Verteidigung, Sicherheit, Nachrichtendienst sowie Handel und vielen anderen Bereichen."

Die Amerikaner sehen jedoch sehr klar, was vor sich geht.

Tatsache ist, dass Starmer nicht der einzige westliche Staatschef ist, der in letzter Zeit Peking besucht hat. Allein im Januar waren bereits die Premierminister Finnlands, Irlands und Kanadas in China zu Gast. Im Februar wird Friedrich Merz dort eintreffen. Sogar der Premierminister Australiens, des Landes, das seit Jahren wegen Handelsfragen mit China im Clinch liegt, hat dort einen Besuch abgestattet.

Und das alles, weil diese westlichen Staats- und Regierungschefs Trump ernsthaft überdrüssig sind – aggressiv, destruktiv, sie ständig demütigend. Sie wollen den amerikanischen Einfluss durch den chinesischen ausgleichen. Und Trump ist nicht bereit, ihnen diese Freiheiten zu gewähren.

So drohte er dem kanadischen Premierminister Mark Carney mit der Einführung eines 100-prozentigen Zolls, falls dieser ein Handelsabkommen mit China abschließen sollte. Trump **sagte**:

"Wenn Gouverneur Carney (Anspielung auf Donald Trumps Bestreben, Kanada in die USA einzugliedern) glaubt, dass er Kanada zu einem 'Umschlagplatz' für den Versand chinesischer Waren in die USA machen kann, irrt er sich gewaltig."

Und wenn er der Meinung ist, dass die VR China und Großbritannien kurz vor einem solchen Abkommen stehen, erwartet Keir Starmer ein ähnliches Ultimatum.

China hingegen beobachtet diese inneren Auseinandersetzungen der westlichen Länder gelassen und profitiert von ihrem Verhalten. So zeigt Peking seine Bereitschaft, mit allen zusammenzuarbeiten – sogar mit ehemaligen Feinden wie Großbritannien. Der chinesische Botschafter in Großbritannien, Zheng Zeguang, **erklärte**:

"Ohne Sturm gibt es keinen Regenbogen."

Xi **fügte** seinerseits hinzu:

"In den vergangenen Jahren haben die chinesisch-britischen Beziehungen einen Rückgang erlebt, was nicht im Interesse beider Länder war."

Seinen Worten zufolge müssen China und Großbritannien angesichts der derzeitigen komplexen und sich ständig verändernden internationalen Lage den Dialog und die Zusammenarbeit verstärken, um Frieden und Stabilität in der ganzen Welt zu gewährleisten.

Die **BBC** wiederum **ist** der Ansicht:

"Für China ist dies Teil einer Strategie der 'Verführung', die darauf abzielt, dass einige Peking nun als stabilen und berechenbaren Partner betrachten – im Gegensatz zu den USA."

Je mehr westliche Staats- und Regierungschefs nach Peking kommen, desto härter wird Trump sie dafür bestrafen, und desto besser für China.

*Übersetzt aus dem **Russischen**. Der Artikel ist am 30. Januar 2026 zuerst in der Zeitung Wsgljad erschienen.*

Geworg Mirsajan ist außerordentlicher Professor an der Finanzuniversität der Regierung der Russischen Föderation, Politikwissenschaftler und eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Geboren im Jahr 1984 in Taschkent, erwarb er seinen Abschluss an der Staatlichen Universität des Kubangebiets und promovierte in Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt USA. Er war in der Zeit von 2005 bis 2016 Forscher am Institut für die Vereinigten Staaten und Kanada an der Russischen Akademie der Wissenschaften.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

